

Landeshauptstadt Kiel
Amt für Soziale Dienste
Referat für Migration
Stephan-Heinzel-Straße 2
24116 Kiel
Tel.: +49 431 901-3234
E-Mail: Forum-Migration@kiel.de



Forum für Migrant*innen in Kiel

Protokoll der Sitzung am 10. März 2026

17.00 Uhr, in der Rotunde des Kieler Rathauses

Top 1: Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Dursiye Ayyıldız begrüßt die Mitglieder, sowie die Gäste des Forums. Insbesondere werden die Vertretungen der Kieler Ratsfraktionen und die Vertretungen der Beiräte sowie die Vertretungen der städtischen Zuwanderungsabteilung, Iris Eichstaedt und der Leiter des städtischen Amtes für Soziale Dienste, Arne Leisner, begrüßt.

Die Beschlussfähigkeit ist gegeben.

Top 2: Genehmigung der Tagesordnung

TOP 7b wird vorgezogen. Weitere Änderungswünsche zur Tagesordnung liegen nicht vor.

Top 3: Protokoll der Sitzung am 3. Februar 2026

Es gibt keine Änderungswünsche. Das Protokoll ist damit genehmigt.

Top 4: Termine

Alle in der Sitzung genannten Termine wurden bereits über die Geschäftsführung an die Mitglieder und Gäste des Forums weitergeleitet und werden an dieser Stelle nicht zusätzlich aufgeführt.

Top 5: Vorstellung „Frauenbündnis Kiel“

Canan Canlı, eine der Sprecherinnen des Frauenbündnisses Kiel stellt das Frauenbündnis Kiel vor: Seit ca. 32 Jahren ist das Bündnis ein Bindeglied zwischen frauenspezifischen Positionen und der kommunalen bzw. teilweise auch der Landespolitik. Das Bündnis hat regelmäßigen Austausch mit den frauenpolitischen Sprecher*innen der Parteien. Das Bündnis ist Teil des Arbeitskreises 8. März. Vor ein paar Jahren gab es eine Veranstaltung zum Thema „Wohnungslose Frauen“. Im letzten November wurde das Thema wieder aufgegriffen und eine Veranstaltung organisiert. Wohnungslose Frauen, die in Containern leben, haben sehr unterschiedliche Biografien und werden oftmals stark stigmatisiert und ausgegrenzt. Einige Frauen aus Düsternbrook unterstützen Frauen, die in den Containern leben, regelmäßig. In Kiel gibt es ein breites Netzwerk an Unterstützung. Der Lotti-Huber-Platz wurde eingeweiht durch das Frauenbündnis. Dr. Lothar Viehöfer unterstützt die Idee Lotti Huber auch als Namensgeberin für weitere öffentliche Plätze wie Sporthallen vorzuschlagen. Ebenso hat sich das Bündnis für die Platzierung von „roten Bänken“ eingesetzt, die auf Gewalt gegen Frauen und deren Bekämpfung aufmerksam machen. Aktuell gibt es vier rote Bänke in Kiel. Generell ist das Bündnis offen für Themenvorschläge und Beteiligungen. Nicht nur Frauen sind von Gewalt betroffen. Eine Anlaufstelle für von Gewalt betroffenen Männer wurde auf Initiative des Frauenbündnisses geschaffen. Weitere Informationen zu der Anlaufstelle für Männer sind unter www.mannerberatung-sh.de zu finden. Bei Veranstaltungen des Frauenbündnisses werden neben

politischen Vertreter*innen auch Intuitionen wie Mädchentreffs und Frauenhäuser eingeladen. Es wird auch darüber hinaus Werbung gemacht. Allerdings kommen eher Personen, die bereits in dem Thema engagiert sind oder selbst betroffen sind. Mehrsprachigkeit der Informationen ist aktuell noch nicht gegeben. Das wäre wichtig, um Personen mit Migrationsgeschichte besser erreichen zu können. Das Frauenbündnis versucht alle Frauen anzusprechen, da Themen wie Femizid alle Frauen in der Gesellschaft betreffen. Andrea Bastian teilt mit, dass das Fachgremium für geflüchtete Frauen eine weitere Möglichkeit ist, sich zu vernetzen.

Top 6: Berichte aus Arbeitskreisen, Ausschüssen und Beiräten sowie aktuelle Themen der Mitglieder

Reinhard Pohl berichtet über die drei Themen: Bezahlkarte, Einwanderungsbericht 2024 von Schleswig-Holstein und Zugang zu Integrationskursen.

- a. **Bezahlkarte:** Kreisfreie Städte haben häufig spätere Termine zur Einführung als die Kreise in Schleswig-Holstein. Im Kreis Stormarn wurde die Karte im Ende im Januar eingeführt. Dort gibt es viele Nachfragen zum Kontostand und zu Überweisungen. Mit der App der Bezahlkarte kommen nicht alle Betroffenen gut zurecht. In Bad Segeberg startet eine Kommune und die anderen Kommunen warten ab, um die Einführung ggf. anzupassen. In Schleswig-Holstein gibt im Gegensatz zu anderen Bundesländern keine Ausstiegsmöglichkeiten für Kreise und kreisfreie Städte. Die ZBBS und der Flüchtlingsrat SH haben hierzu eine gemeinsame Stellungnahme verfasst. (<https://www.frsh.de/artikel/stellungnahme-zum-ausfuhrungserlass-der-bezahlkarte-in-schleswig-holstein-von-zbbs-und-fluechtlingsrat-sh>). Generell ist zu kritisieren, dass die Möglichkeit, Kosten für Rechtsberatung für Überweisungen freizuschalten, fehlt. Das Büro der Flüchtlingsbeauftragten plant eine Informationsveranstaltung zur Bezahlkarte im Sommer. Das Sozialministerium hat signalisiert den Erlass zur Bezahlkarte zu überarbeiten, wenn die Einführung abgeschlossen ist und evaluiert werden kann. Die Umsetzung der Bezahlkarte ist eine Bundesregelung, die von den Kommunen umgesetzt werden muss. Finanziell gibt es für den Mehraufwand der Kommunen keinen Ausgleich. Die Sozialämter der meisten Kreise vergeben Termine um regelmäßige Zahlungsempfängerinnen wie Vermieter zu identifizieren, um diese im System zu hinterlegen. Das Amt für Wohnen und Grundsicherung kümmert sich in Kiel um die Umsetzung. Eventuell kann die Amtsleitung Anja Wehrer zu einer der nächsten Sitzungen eingeladen werden, um über den Stand zur Bezahlkarte zu berichten. Der Stadteilladen Anni-Wadle bietet Tauschaktion an, damit Personen mit Bezahlkarte Gutscheine gegen Bargeld tauschen können. Tauschaktion immer mittwochnachmittags ab 17 Uhr. Es gibt keine gesetzlichen Regelungen, die Tauschaktionen unter Strafe stellen.
- b. **Einbürgerungsbericht:** Die Landesregierung hat den neuen Einbürgerungsbericht vorgelegt, der die Einbürgerungen aus 2024 miteinander vergleicht. Für jeden Kreis wird gesagt, wie viele der Ausländer*innen eingebürgert wurden, die fünf Jahre hier sind. In Rendsburg-Eckernförde sind es 11,3 Prozent, in Kiel 2,8 %, in Schleswig-Flensburg 1,6 Prozent. Unter den 15 Kreisen ist Kiel auf Platz 10. Für 2025 hat Reinhard Pohl alle Einbürgerungszahlen abgefragt, dazu die Zahl der Stellen am 1. Juli 2025. Da ist Kiel an der Spitze mit ungefähr 15 Stellen, Lübeck hat 11 Stellen und ungefähr gleich viele Einbürgerungen. Wenn Kiel in diesem Jahr durchschnittlich 20 Stellen hat, könnten in diesem Jahr eigentlich 2.000 Leute eingebürgert werden, also die Hälfte der vorliegenden Anträge.
- c. **Zugang zu Integrationskursen:** Der Bundesinnenminister hat das BAMF angewiesen, niemanden mehr zu Integrationskursen zuzulassen. Seit November letzten Jahres gibt es keine Zulassungen mehr, alle vorliegenden Anträge werden seit Februar abgelehnt. Seit November letzten Jahres gibt es keine Zulassungen mehr, alle vorliegenden Anträge werden seit Februar abgelehnt. Laut BAMF sind es ca. rund 20% der Personen, die damit keinen Zugang mehr zu den Kursen haben. In den Kursen sind es teilweise 50%, was große Auswirkungen auch auf die Träger der Sprachkurse haben kann. Die Träger der

Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz, die Zuwanderungsabteilung und das Jobcenter können auch Verpflichtungen ausstellen. Sprache ist ein wichtiger Teil auch bei der Arbeitssuche. Eine verspätete Zulassung sorgt auch zu einer Verzögerung bei Arbeitsaufnahme. Oleg Pavlov plädiert dafür, dass migrantische Personen sich zusammenschließen und sich dem LaNeMo SH anschließen, um auf politischer Ebene eine Stimme zu haben. LaNeMo SH steht auch zur Verfügung für Fortbildungen. Es gab in der Vergangenheit bereits Bestrebungen der Foren in Schleswig-Holstein gemeinsame Positionen zu vertreten und sich politisch Gehör zu verschaffen. LaNeMo SH kooperiert mit den Foren und möchte hierzu einen regelmäßigen Austausch abhalten und eng miteinander zu arbeiten.

Top 7: Bericht des Vorstands und der Geschäftsführung

a) Bericht des Vorstands:

Am 14.02.2026 war die Einbürgerungsfeier der Stadt Kiel im Ratssaal. Es waren ca. 180 Personen vor Ort, die im Vorfeld eingebürgert wurden. Der Oberbürgermeister Dr. Ulf Kämpfer, Dr. Samet Yilmaz sowie die Stadtpräsidentin waren anwesend.

b) Bericht der Geschäftsführung:

Arne Leisner stellt die neue Leitung des städtischen Referats für Migration vor. Eilean Layden, die vorher bei der Stadt Neumünster als Teamleitung im Bereich Integration gearbeitet hat, hat seit Mitte Februar die Leitung übernommen. Eilean Layden und der Vorstand freuen sich auf die zukünftige Zusammenarbeit.

Top 8: Mitgliedsänderungen

Ausgeschieden ist Majdi Al-Jabri.

Top 9: Sonstiges

- Der Beirat für Senior*innen hat einen Antrag gestellt, damit der Flyer des Beirats auf verschiedene Sprache übersetzt wird. Hierzu wird das Forums um eine Stellungnahme gebeten, da dies den Antrag unterstützen würde.
- Die diesjährigen Kulturwochen finden vom 30.10. bis zum 30.11.2026 zum Thema „Sinti und Roma“ statt. Das Projekt CoCo (Cooking Connects) von kulturgrenzenlos beteiligt sich daran und fragt, ob es Personen gibt, die Erfahrungen mit der Erreichung der Zielgruppe haben? Das Referat für Migration tauscht sich hierzu mit dem Verein kulturgrenzenlos aus.

Die Vorsitzende bedankt sich bei den Mitgliedern und Gästen und beendet die Sitzung gegen 18:30 Uhr.

Daniel Jäger
Referat für Migration

EINWANDERUNG

Zahl der Einbürgerungen steigt:

Immer noch lange Wartezeiten

Widersprüchlich: In mehreren Kreisen führen mehr Stellen in der Behörde zur Abnahme von Einbürgerungen

Seit Ende Juni 2024 sind Einbürgerungen einfacher geworden. Man kann nach fünf Jahren in Deutschland (vorher acht Jahren) eingebürgert werden, wenn man ohne öffentliche Hilfe leben und gut Deutsch sprechen kann. Und es wird keine Ausbürgerung mehr ver-

langt, egal wie viele andere Staatsangehörigkeiten man hat.

Beide Änderungen führten zu einem sprunghaften Anstieg der Einbürgerungsanträge. Denn viele, die die Bedingungen für eine Einbürgerung erfüllten, hatten in den letzten Jahren gezögert, den Antrag zu stellen: Die erzwungene Ausbürgerung störte viele. Oft hatte das keine reellen Gründe, man fürchtete Vorwürfe der Familienmitglieder im Herkunftsland oder

wollte einfach jederzeit ins Herkunftsland fliegen und dort „Einheimische:r“ sein.

So stellten ab Sommer 2024 sehr, sehr viele Menschen ein Antrag, die acht Jahre, sieben Jahre, sechs Jahre, fünf Jahre hier waren, also so viele wie sonst in vier Jahren. Und dazu kamen etliche, die sehr zehn, fünfzehn oder zwanzig Jahren hier waren, aber bisher ihre alte Staatsangehörigkeit nicht aufgeben wollen, jetzt mussten sie es nicht mehr.

Die Kreise reagierten mit Aufstockungen des Personals, teils erst im Jahre 2025 und 2026, weil das Geld dafür ja auch nicht auf den Bäumen wächst. Und es gab Anfänge der Digitalisierung. So gab es auf einigen Internet-Seiten kleine Fragebögen – füllte man sie aus, erfuhr man, ob ein Einbürgerungsantrag voraussichtlich erfolgreich sein würde. Und auch die Antragstellung wurde digital, so dass die Einbürgerungsbehörde auch die Unterlage wie den Arbeitsvertrag, das Deutsch-Zertifikat, die Geburtsurkunde und anderes als Dateien bekommt.

Allerdings wuchs der Stapel un bearbeiteter Anträge vielerorts weitaus schneller als die Zahl der Einbürgerungen. Die stieg von 2023 auf 2024 von 6.914 auf 8.590 (plus 1.676), im Jahre 2025 dann aber nur noch relativ gering auf 8.759 (plus 169). Die Zahlen für 2025 sind auch vorläufig, die sind vom **Gegenwind** einzeln er-

Einbürgerungen Schleswig-Holstein (Quote: Anteil an Ausländer:innen im Kreis, die 8 oder 5 Jahre in DE leben)							
Kreis	Einb. 2023	Quote 2023	Einb. 2024	Quote 2024	Einb. 2025	Stellen	davon nicht besetzt
Rendsburg-Eckernförde	976	14,9 %	1.352	11,3 %	833	—*	—*
Steinburg	532	12,8 %	689	9,0 %	502	7,0	0,0
Plön	307	10,5 %	358	7,0 %	248	2,9	0,0
Stormarn	442	4,3 %	1.009	6,0 %	1.283	13,0	1,0
Neumünster	105	2,2 %	464	5,2 %	443	3,5***	1,0
Flensburg	521	9,0 %	525	4,7 %	456	5,25	0,47
Segeberg	755	5,1 %	998	4,2 %	913	4,8	0,0**
Nordfriesland	289	5,1 %	365	3,7 %	523	6,23	0,49
Dithmarschen	144	4,0 %	199	2,9 %	252	6,27	1,0
Kiel	765	5,4 %	667	2,8 %	548	18,75	3,88
Lübeck	266	1,9 %	577	2,7 %	547	12,0	1,0
Ostholstein	212	3,7 %	363	2,6 %	254	8,44	2,59
Hzgt. Lauenburg	386	4,5 %	340	2,4 %	400	4,5	0,0
Pinneberg	836	3,9 %	638	1,9 %	1.223	8,37	0,0
Schleswig-Flensburg	378	7,6 %	146	1,6 %	334	6,0	3,0
SH zusammen	6.914	5,4 %	8.590	4,0 %	8.759	—	—

Einbürgerungen 2023 und 2024 nach dem Einwanderungsbericht der Landesregierung. Einbürgerungen 2025 nach Auskunft der Pressestellen oder der Einbürgerungsbehörden der Kreise. Quote 2023 bezieht sich auf alle Ausländer:innen im Kreis, die schon acht Jahre in Deutschland lebten. Quote 2024 bezieht sich auf alle Ausländer:innen im Kreis, die schon fünf Jahre in Deutschland lebten. Die Zahl der Stellen in der Einbürgerungsbehörde bezieht sich auf den 1. Juli 2025. Nicht besetzt: Es kann sich auch um eine Abordnung zu einer anderen Behörde handeln.

* Der Kreis Rendsburg-Eckernförde teilt keine Einzelheiten über Stellenpläne mit. Die Redaktion geht davon aus, dass es acht Stellen sind, verteilt auf 11 Personen.

** Zwei Angestellte werden gerade eingearbeitet.

*** Zwei Stellen und 1,5 Pool-Stellen. Eine Pool-Stelle bearbeitet Niederlassungserlaubnisse für die Ausländerbehörde.

fragt worden und müssen vielleicht nach genauer Auswertung der Akten noch leicht korrigiert werden.

In Lübeck sammelten sich in dieser Zeit über 3.000 unbearbeitete Anträge, bei 547 Einbürgerungen im Jahre 2025. In Kiel sammelten sich rund 4.000 Anträge, bei 548 Einbürgerungen 2025. In Kiel wurde das Personal von 11,85 Stellen (2023) auf 18,75 Stellen 2025 und heute 25 Stellen aufgestockt. Allerdings gingen in Kiel die Zahl der Einbürgerungen zurück: von 859 im Jahre 2022 auf 548 im Jahre 2025.

Was aussieht wie ein Widerspruch, ist keiner. Wer bei einer Einbürgerungsbehörde anfängt, hat normalerweise eine allgemeine Verwaltungsausbildung, aber kaum Kenntnisse vom Aufenthaltsrecht und dem Staatsangehörigkeitsrecht. Die Einarbeitung dauert nach Schätzungen der Bereichsleiterin in Lübeck, Melanie Wöhlk, rund sechs Monate. Und jemand, die oder der es kann, muss in dieser Zeit die Einarbeitung machen und hat weniger Zeit für Einbürgerungen. In Kiel kommen auf sechs eingearbeitete Kräfte 19 „neue“, in Segeberg gibt es 4,8 Stellen, aber zwei der Sachbearbeiter:innen werden gerade eingearbeitet – vier der 4,8 Stellen sind damit (auch) damit beschäftigt.

In Neumünster kümmern sich 3,5 „Stellen“ um die Einbürgerung. Davon sind aber nur zwei Mitarbeiter:innen der Einbürgerungsabteilung, 1,5 Stellen kommen von der „Flex-Einheit“, es sind also Springer, die dort aushelfen, wo die Not gerade am größten ist. Und einer dieser Springer ist 2025 weiter zur Ausländerbehörde gesprungen, um bis September 2026 erstmal Anträge auf Niederlassungserlaubnis zu bearbeiten.

So wird allerorten berichtet, dass Ausländerbehörde oder Einbürgerungsbehörde nicht mehr auf Rückfragen antworten. Sie antworten allerdings oft auch nicht auf Anträge, was dann zu noch mehr Rückfragen führt.

In Lübeck sind 40 Untätigkeitsklagen eingereicht worden von Anwalt:innen der Einbürgerungskandidat:innen, die gerne schneller etwas von ihrem Antrag hören möchten. Das Oberverwaltungsgericht bescheinigte der Lübecker Ausländerbehörde ein „strukturelles Organisationsversagen“. Dabei geht es auch nicht nur um Einbürgerungen, beantragt werden auch Er-



Einbürgerungsfeier am 14. Februar im Kieler Rathaus. Von den 548 Eingebürgerten des Jahres 2025 nahmen ungefähr 180 teil. Foto unten: Stadtpräsidentin Bettina Aust (links), daneben die Eingebürgerten Mohamed Shehata (Ägypten), Laisa Martínez Santana (Cuba), Maria Khon (Russland) und Rodrigo Antonio Mareira Tenório (Brasilien). Dann Oberbürgermeister Ulf Kämpfer (rechts)



laubnisse zum Arbeiten oder Zustimmungen zu einem Einwanderungsvisum. Vieles davon kann eigentlich nicht warten, denn ein Arbeitsplatz-Angebot ist dann auch schnell weg, wenn keine Beschäftigungserlaubnis erteilt wird.

Der Tabelle kann man entnehmen, dass fünf eingearbeitete Sachbearbeiter:innen ungefähr 500 Einbürgerungen schaffen, zehn Angestellte müssten dann 1.000 Einbürgerungen schaffen. Aber bei jedem Personalwechsel gibt es wieder eine kleine Delle.

In Kiel sind die Einbürgerungen in den letzten vier Jahren kontinuierlich gesunken. Während vor vier Jahren

noch sechs Angestellte 859 Einbürgerungen (2022) schafften, sind es 2025 mit 18 Angestellten nur noch 548. Das ist eben der Preis für die gleichzeitig stattfindende Einarbeitung der neuen Kräfte. Die Einbürgerungsbehörde wurde Ende 2025 selbstständig, gehört jetzt nicht mehr zur Ausländerbehörde. Der kommissarische Leiter kommt aus der Flex-Einheit. Da 4.000 Anträge warten, ist die gute Nachricht: 20 eingearbeitete Sachbearbeiter:innen würden die in zwei Jahren wegarbeiten. Wir müssen abwarten, ob das klappt.

Reinhard Pohl

EINWANDERUNG

Einführung der Bezahlkarte in Schleswig-Holstein:

Kein Bargeld mehr

Vier Monate Spielraum für die Kreise

Zum 1. Januar 2026 sollte die Bezahlkarte für alle Empfänger:innen von Asylbewerberleistungen in Schleswig-Holstein eingeführt werden. Das bedeutet, dass sie kein Bargeld mehr erhalten, sondern alle Leistungen werden auf einer Karte gutgeschrieben. Damit kann man dann im Supermarkt bezahlen, man kann auch (höchstens) 50 Euro abheben.

Erklärte Absicht der bundesweiten Einführung (nur Berlin hat sich angekündigt) ist es, Überweisungen ins Herkunftsland zu verhindern, denn damit werden angeblich »Schlepper« bezahlt. Nach allen vorliegenden Untersuchungen gibt es sowas nicht, es gibt nur von weniger als zehn Prozent der Asylbewerber:innen Überweisungen an die eigene Familie, z.B. zur Versorgung der eigenen Kinder.

Die Karte selbst lässt auch Überweisungen oder Abbuchungen zu, die müssen allerdings einzeln von Mitarbeiter:innen der Sozialämter freigegeben werden. Das bedeutet einen sehr hohen Verwaltungsaufwand für die Kreis, Amtsverwaltungen und Gemeinden. Denn auch später müssen Inhaber:innen der Karte mit jeder Rechnung ins Sozialamt, dort wird der Kauf geprüft, anschließend die Überweisung oder Abbuchung freigegeben.

Das Sozialministerium hat die Freigabe der Überweisungen auf vier Bereiche beschränkt: Wohnen/Energie, Öffentlicher Personennahverkehr, Telekommunikation und Bildung. Es fehlen der Fernverkehr (Deutschlandticket), es fehlt die Rechtsberatung, es fehlen Unterhaltszahlungen. Generell gesperrt sind Glücksspiel, Escort-Service, Kryptowährung, Börsenhandel. Ansonsten können Konten für Überweisungen einmalig oder für die Zukunft freigegeben werden.

Die Einführung betrifft in Schleswig-Holstein etwa 10.000 Menschen, die Asylbewerberleistungen bekommen. Teilweise sind es Asylbewerber:innen, aber es sind auch alle Menschen mit einer Duldung, auch wenn sie nie einen Asylantrag gestellt haben.

Seit 2025 werden die Bezahlkarten in den Landesunterkünften ausgegeben. Die Einführung in den Kreisen scheiterten bisher daran, dass das Land die Schnittstellen für die Sozialamtsprogramme nicht zur Verfügung stellen konnten, die können also erst seit November bzw. Ende Januar die Leistungen auf die Karten überweisen.

Für die Kommunen ist das größere Problem allerdings, dass sie von allen Empfänger:innen und Empfängern zunächst die Konten ihrer Vermieter oder Telefonanbieter erfahren müssen, diese müssen sie dann fehlerfrei eintippen und freigeben. Das bedeutet Tausende von Terminen zur persönlichen Anhörung, davon müssen einige sicherlich wiederholt werden, weil nicht alle Unterlagen da waren.

Die Inhaber:innen von Karten müssen dann die Daueraufträge und Abbuchungsermächtigungen für ihre Konten kündigen, weil das Geld ja auf der Karte ankommen und nicht auf das eigene Konto überwiesen werden kann. Und sie müssen gucken, wo sie Bargeld her bekommen, wenn sie mehr als 50 Euro benötigen. Auf Flohmärkten, in der Schule, beim Rechtsanwalt kann man in der Regel nicht mit einer Karte bezahlen.

Alle Kreise wollen die Karte bis Ende April einführen. Es ist allerdings noch nicht klar, ob das überall oder für alle Bezieher:innen von Asylbewerberleistungen klappt. Auch danach

ist noch unklar, ob alle Verwaltungsaufgaben schnell genug erledigt werden können. Die Karteninhaber:innen können kostenlos eine App laden, mit der sie die Zahlungsvorgänge und das Restguthaben kontrollieren können. Sie brauchen nur einen Computer, ein Kartenlesegerät und die IT-Kenntnisse, um das alles hinzubekommen. Erste Erfahrungen zeigen, dass sie dann doch oft zum Sozialamt gehen, um dort den Kontostand auslesen oder sich die App erklären zu lassen.

Bisher haben die Kreise und Gemeinden die Leistungen monatlich per Dauerauftrag auf die Konten der Asylbewerber:innen überwiesen. Diese einfachen Zeiten sind jetzt vorbei, für einige Zeit ist die individuelle Bearbeitung angesagt. Ab wann es wieder zumindest halbautomatisch läuft, ist noch nicht klar.

Wir haben in den Kreisen gefragt, wann sie die Karte einführen oder ob sie es schon getan haben. Hier die Antworten der Pressestellen (aus Neumünster ist noch keine Antwort da):

Dithmarschen

In Dithmarschen wurde die Karte schon vor Monaten im Amt Mitteldithmarschen eingeführt, ein Pilotprojekt in Zusammenarbeit mit dem Integrationsministerium. Für die flächendeckende Einführung hat die Landesregierung die Umsetzung bis zum 30.

April vorgegeben, der Kreis Dithmarschen bemüht sich den Termin einzuhalten. Die Einführung erfolgt schrittweise.

Flensburg

Die Bezahlkarte wird seit dem 5. Februar ausgegeben, am 17. Februar erfolgte die erste Auszahlung auf eine Bezahlkarte. Die Ausgabe soll bis Mitte April an alle Leistungsbezieher ab-

geschlossen sein. Probleme gab es bisher nicht, die könnten aber noch kommen: Die Karten sind, wie vom Ministerium vorgegeben, auf Postleitzahlen in Schleswig-Holstein beschränkt, es gibt nur die Möglichkeit bis zu 50 Euro pro Person abzuheben und die Überweisungen sind beschränkt.

ZBBS und Flüchtlingsrat nehmen Stellung zum Ausführungserlass der Bezahlkarte

Am 21.11.2025 wurde der Ausführungserlass zur Bezahlkarte veröffentlicht. Bis Ende April 2026 sollen alle Kommunen die Bezahlkarte eingeführt haben. Ob dies realistisch ist und wie der derzeitige Stand ist, zeigt die Kleine Anfrage von der FDP. Aktuell funktioniert die Karte nur in sieben von 83 Ämtern, in fünf Städten und fünf Gemeinden. Voraussichtlich werden in Schleswig-Holstein circa 10.000 Personen die Bezahlkarte erhalten. Die Umsetzung ist im Ausführungserlass geregelt. Dieser enthält zahlreiche kritische Punkte, die die ZBBS (Zentrale Beratungs- und Bildungsstelle für Migrant*innen e.V.) und Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein in der beigefügten Stellungnahme herausarbeiten.

„Der Ausführungserlass enthält zahlreiche problematische Punkte und willkürliche Hürden, die sowohl die Integration als auch das alltägliche Leben erheblich erschweren. Die Bezahlkarte wird so zum Kontrollinstrument und diskriminiert Zugewanderte von Anfang an“, so Leonie Melk, Geschäftsführerin des Flüchtlingsrats Schleswig-Holstein.

Der Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein sowie die ZBBS kritisieren die Bezahlkarte als solche und fordern diskriminierungsfreie Lösungen. Sie fordern daher die Abkehr von der Bezahlkarte und Einführung eines diskriminierungsfreien und verwaltungswarmen Basiskontos.

Im Rahmen der derzeitigen politischen Festlegung auf die Bezahlkarte, werden folgende Anpassungen gefordert:

- Eine Erhöhung des Bargeldabhebe Betrags auf mindestens 130 € pro Monat pro Person.
- Rechtsdienstleister müssen in die Whitelist unter 3.6. Überweisungs- und Lastschriftfunk-

tion mitaufgenommen werden – nur so kann der Zugang zu Recht auch für Geflüchtete mit Bezahlkarte gewährleistet werden

- Eine Freischaltung der Bezahlkarte für den PLZ-Bereich Hamburg in allen Kommunen Schleswig-Holstein, insbesondere allen angrenzenden Gebieten. Außerdem fordern wir eine jeweilige Freischaltung der Bezahlkarte für diejenigen Kommunen, die an Niedersachsen und Mecklenburg-Vorpommern angrenzen.
- Eine flächendeckende und einfache Lösung für das Bezahlen des Deutschlandtickets für Menschen mit Bezahlkarte muss gefunden werden.
- Ausnahmen von der Voraussetzung der Lebensunterhaltssicherung sollen auch für Menschen gelten, die basierend auf ihrer individuellen Situation ihren Lebensunterhalt nur teilweise decken können.
- Klarer Fahrplan zur Evaluation der Bezahlkarte sowie eine Anpassung, sollten sich die erwarteten Ergebnisse nicht einstellen. Dieser sollte von einem externen Dienstleister durchgeführt werden und die Ergebnisse der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt werden.
- Einführung einer Opt-Out Regelung für Kommunen in SH, die die Bezahlkarte wieder abschaffen bzw. gar nicht erst einführen wollen, sowie Spielräume in der kommunalen Ausgestaltung.

Leonie Melk
Flüchtlingsrat

Mona Golla
ZBBS

Eine ausführliche Stellungnahme kann bei beiden Organisationen oder der Redaktion angefordert werden.

Herzogtum Lauenburg

Der Pressesprecher des Kreises weist darauf hin, dass die Frist bis zur Einführung der Karte noch bis zum 30. April läuft. Das klingt so, als habe der Kreis sich für den letztmöglichen Termin entschieden.

Lübeck

Lübeck bedauert, dass die Einführung der Bezahlkarte vom Land zur Verpflichtung gemacht wurde, das ist in anderen Bundesländern anders. Gegen die Bezahlkarte spricht für die Stadt, dass es einen erheblichen Aufwand bei der Verwaltung gibt und dass die Leistungsbezieher:innen ausgegrenzt werden. Es wird Wartezeiten geben, bis Überweisungen vom Sozialamt freigegeben werden, ebenso bei der gewünschten Nutzung der Karte außerhalb von Schleswig-Holstein. Die 800 Betroffenen will man in Lübeck zum 30. April mit der Karte ausstatten. Da nicht alle gleichzeitig eine Karte erhalten können, will man mit denen beginnen, die kein Konto haben oder bereits mit einer Bezahlkarte aus der Landesunterkunft kommen. Die Stadt weist darauf hin, dass Menschen mit einem Konto besonders betroffen sind: Sie bekommen jetzt kein Geld mehr auf das Konto, die Abbuchungen und Überweisungen klappen nicht mehr und müssen alle neu eingerichtet werden. Das kann aber nur das Sozialamt. (vgl. Pressemitteilung vom 19. Februar, www.luebeck.de/presse)

Kiel

Kiel will die Karte zum 30. April fertig organisieren und ab dem 1. Mai nutzen.

Nordfriesland

Auch Nordfriesland musste lange auf den Ausführungserlass des Landes warten, dann auf die Software, die das eigene System mit den Bezahlkarten verbinden kann. Ende Februar startete man im Kreisgebiet mit der Ausgabe der Bezahlkarten.

Ostholstein

Der Kreis Ostholstein plant die Einführung der Bezahlkarte zum 30. April

und kann deswegen nicht von Erfahrungen berichten.

Kreis Pinneberg

Im Kreis Pinneberg hat man die Bezahlkarte zum 1. Januar nur in Barmstedt eingeführt, um Erfahrungen zu sammeln. Jetzt wird sie schrittweise in den anderen Gemeinden eingeführt. Es gibt einen erheblichen zeitlichen Aufwand: Für jede:n Erwachsene:n muss eine Anhörung anberaumt werden, danach müssen die Freigaben von Überweisungen und Abbuchungen, z.B. von Miete oder Telefonvertrag, individuell auf der Karte eingegeben werden.

Kreis Plön

In der Kreisunterkunft in Schönberg wurde die Bezahlkarte zum 1. Januar eingeführt. Probleme traten nicht auf, die meisten bringen auch Bezahlkarten von der Landesunterkunft mit. Die einzelnen Gemeinden und Ämter führen die Bezahlkarte zu unterschiedlichen Zeitpunkten ein, wann das abgeschlossen ist, ist noch nicht klar. Von Problemen hat der Kreis noch nicht gehört.

Rendsburg-Eckernförde

Zum vom Land vorgesehenen Datum 1. Januar stand die Schnittstelle für das Programm des Kreises noch nicht zur Verfügung. Voraussichtlich wird die Bezahlkarte in allen Kommunen (Gemeinden und Ämtern) zum 30. April eingeführt, so dass alle Anspruchsberechtigten am 1. Mai darüber verfügen. Das Land hat den Kreisen diesen Spielraum gegeben.

Schleswig-Flensburg

Die Pressesprecherin teilt mit, dass die Karte schrittweise eingeführt wird und die Einführung voraussichtlich Ende März abgeschlossen ist. Probleme gab es bisher nicht.

Segeberg

In Segeberg merkt man an, dass vom Ministerium Infomaterial für die Empfänger:innen der Bezahlkarte versprochen wurde, und zwar mehrsprachig. Das sei dann erst Ende Januar



gekommen. Das muss im Kreis erst durchgesehen und sortiert werden, danach wurden im Februar alle leistungsberechtigten Personen zur Anhörung eingeladen. Da sollten auch Abweichungen erkannt und auf der Karte programmiert werden, so erhöht sich die Grenze für Abhebungen mit jedem Kind. Die Karte soll bis Ende März ausgegeben werden, ab dem 1. April soll alles funktionieren.

Steinburg

Die Pressesprecherin des Kreises kann noch über keine Einführung berichten, aber das Land hat die Einführung bis zum 30. April freigestellt.

Stormarn

Der Kreis hat die Bezahlkarte zum Januar eingeführt. Es gab zu Beginn Probleme bei den Menschen, die die Bezahlkarte nutzen sollten, vor allem bei der Nutzung der App, aber auch bei Registrierung, Freischaltung oder Logins. Die kamen dann zur Behörde, die dort war der Bedarf an Beratung groß. Man war aber mit der Firma »secupay« und dem Ministerium in Kontakt und konnte alles klären. Ansonsten verlief der Übergang reibungslos, es gab keine Zahlungsunterbrechungen.

Was tun?

In Kiel gibt es bereits die erste Tauschbörse (Kiel-Gaarden, Infoladen Anni Wadle). Andere werden folgen. Dort können Empfänger:innen Gutscheine von Supermärkten, die an vielen Orten für 50 Euro zu haben sind, abgeben und dafür 50 Euro bekommen. Passantinnen und Passanten können dann diese Gutscheine dort kaufen und sie bei ihrem nächsten Einkauf verwenden.

Auf dem Lande wird das eher privat im kleinen Kreis funktionieren: Man kauft gemeinsam ein, alles wird mit der Bezahlkarte bezahlt. Die eigenen Einkäufe ersetzt man der Karteninhaberin dann in bar.

Das Sozialministerium hat dazu im Landtag erklärt (Anfrage der FDP), dass solch ein Tausch legal ist.

Reinhard Pohl

Material

Ausführungserlass des Landes

mehrseitige Erläuterungen des Landesverbandes der Diakonie

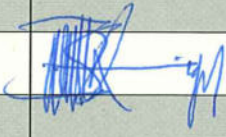
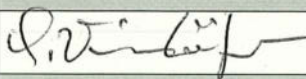

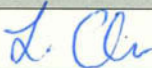




Stellungnahme von ZBBS und Flüchtlingsrat.

Alle Materialien können bei der Redaktion kostenlos bestellt werden.

Sitzung am 10.03.2026, Rathaus/Rotunde

Mitglieder des Forums, Ratsfraktionen, Beiräte, Ständige Gäste

Name	Einrichtung	Unterschrift
Issifou, Raschida	Afrodeutscher Verein S-H e. V.	
Saust, Wilfried	Arbeitsgemeinschaft Kieler Auslandsvereine / Europa-Union	
Sallay, Imre	Arbeitsgemeinschaft Kieler Auslandsvereine	
Turan, Günay	AWO Kreisverband Kiel	
Sevi, Sedat	AWO Kreisverband Kiel	<i>Sevi</i>
Klotz, Stefan	AWO Interkulturell Landesverband Schleswig-Holstein	
Wachowski, Sebastian	AWO Interkulturell Landesverband Schleswig-Holstein	<i>Wachowski</i>
Schwarz, Bettina	Caritasverband für Schleswig-Holstein e.V.	<i>Bettina Schwarz</i>
Işık, Suat	Demokratische Gesellschaft, Zentrum der Kurd*innen in Kiel	
Erkul, Selahattin	Demokratische Gesellschaft, Zentrum der Kurd*innen in Kiel	
Morgado-Wenderholm, Rosalinda	Deutsch-Philippinische Gesellschaft e.V.	<i>Morgado-Wenderholm</i>
Gooß, Judith	Deutsch-Philippinische Gesellschaft e.V.	<i>J. Gooß</i>
Bilgili, Şükriye	Deutsch-Türkische Gesellschaft Kiel und Umgebung	
Pavlov, Oleg	Deutsch-Ukrainischer Verein in Schleswig-Holstein „Rozmova“ e. V.	<i>Oleg</i>
George, Alexandra	Deutsch-Ukrainischer Verein in Schleswig-Holstein „Rozmova“ e. V.	
O`Sullivan, Jasna	Diakonisches Werk Altholstein GmbH	
Hopf-Ünlütepe, Cevahir	Diakonisches Werk Altholstein GmbH	<i>Hopf-Ünlütepe</i>
Sedıq, Elias	DRK-Kreisverband Kiel e.V.	
Diekmann, Anna	DRK-Kreisverband Kiel e.V.	
Abdu, Muathe	Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein e.V.	
Ahmadi, Marziya	Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein e.V.	
Fischer, Jana	Frauennetzwerk zur Arbeitssituation e.V.	
Aloulabi, Dana	Frauennetzwerk zur Arbeitssituation e.V.	
Pohl, Reinhard	Gesellschaft für politische Bildung	<i>Pohl</i>

Name	Einrichtung	Unterschrift
Urazbakhtina, Elvira	Gesellschaft für politische Bildung	
Ossei-Wusu, Emmanuel	Ghana Union Kiel Schleswig-Holstein e.V. (GUKSH)	
Brako, Daniel Adjei	Ghana Union Kiel Schleswig-Holstein e.V. (GUKSH)	
Aiyanyor, Prince Osaze	Haus der Vielfalt e.V.	
Meier, Jessica	Haus der Vielfalt e.V.	
Dr. Viehöfer, Lothar	Interreligiöser Arbeitskreis Kiel	
Mahlau, Victor	Interreligiöser Arbeitskreis Kiel	
Klein, Antje	isfa e.V. - interkulturelle schule fortbildung und ausbildung gmbh	
Raschkewitz, Marvin	isfa e.V. - interkulturelle schule fortbildung und ausbildung gmbh	
Fatah, Iman-Tara	Islamisches Zentrum As-Salam e.V.	
Zachou-Ayoub, Noura	Islamisches Zentrum As-Salam e.V.	
Ladyshenski, Viktoria	Jüdische Gemeinde in Kiel und Region e.V.	
Schilmann, Larissa	Jüdische Gemeinde in Kiel und Region e.V.	
Chin, Lyli	kulturgrenzenlos e.V.	
Elagina, Regina	kulturgrenzenlos e.V.	
Valiev, Dieter	Kulturzentrum Kaukasus Kiel e.V.	
Valiev, Kamilla	Kulturzentrum Kaukasus Kiel e.V.	
Yilmaz, Ceylan	Kurdische Kulturschule e.V.	
Yurtseven, Medya Esmehan	Kurdische Kulturschule e.V.	
Karabulut, Birgül	La Vita - Beratung & Betreuung GmbH	
Bastian, Andrea	NJONUO FE MO Frauenwege in Togo e. V.	
Wodome, Mathias	NJONUO FE MO Frauenwege in Togo e. V.	
Dickhoff, Edina	Pro Regio gGmbH	
Boes, Christina	Pro Regio gGmbH	
Jensen, Susanne	SALO Bildung und Beruf GmbH	
Petersen-Scharff, Marie-Louise	Sisters - Frauen für Afrika e.V.	
Taher, Ibticem	Sisters - Frauen für Afrika e.V.	
Dr. Steen, Katrin	Sportverein Friedrichsort	
Youssef, Aziz	Sportverband Kiel e.V.	

NICKEL'S
Björn

STV. MITGLIED
BEIRAT FÜR ² BEIRAT
FÜR MENSCHEN MIT
BEHINDERUNG

Björn Nickel

Ratsfraktionen

Dr. Yilmaz, Samet	Ratsfraktion Bündnis 90 / Die Grünen	
Dico, Noah <i>Karl Stanyek</i>	Ratsfraktion Bündnis 90 / Die Grünen	<i>h</i>
Temel, Nesimi	Ratsfraktion SPD	
Strauß, Lasse	Ratsfraktion CDU	
Büsgen, Claudia	Ratsfraktion CDU	
Mercan, Ali Haydar	Ratsfraktion Die Linke / Die Partei	
Gussew, Oleg	Ratsfraktion Die Linke / Die Partei	
Fehimli, Ayşe	Ratsfraktion Die Linke / Die Partei	
Steinbrecher, Thorben	Ratsfraktion AfD	
Hörlöck, Jaqueline	Ratsfraktion SSW	
Musculus-Stahnke, Christina	Ratsmitglied FDP	
Becker, Dirk <i>Kuiperski, Rainer</i>	Ratsmitglied FDP	<i>[Signature]</i>

Beiräte


Apenburg, Tania	Beirat für Menschen mit Behinderung Kiel	
Nickels, Björn	Beirat für Menschen mit Behinderung Kiel	
Barths, Rüdiger	Beirat für Seniorinnen und Senioren Kiel	<i>B. Barths</i>
Manthei, Norgart	Beirat für Seniorinnen und Senioren Kiel	
Graumann, Bastian	Junger Rat Kiel	
Söbütay, Meltem	Junger Rat Kiel	

Ständiger Gast

Eichstaedt, Iris	Landeshauptstadt Kiel, Zuwanderungsabteilung	<i>[Signature]</i>
Riegler, Ralf	Landeshauptstadt Kiel, Einbürgerungsabteilung	
Dr. Trinh, Julia	Büro der Landesbeauftragten für Flüchtlings-, Asyl- und Zuwanderungsfragen	<i>J. Trinh</i>
Bayram, Ayfer	Jobcenter Kiel	
Wetterau, Thomas	Jobcenter Kiel	
Müller, Ina	Kreisverband SPD Kiel	
Theil, Gerald	Polizeidirektion Kiel	
Skala, Bernadett	Schleswig-Holsteinischer Heimatbund	

Sitzung am 10.03.2025, Rathaus/Rotunde

Gäste des Forums

Name, Vorname	Einrichtung / Institution / Verein	Unterschrift
Canli, Canan	Frauenbündnis Kiel	
Delfs, Klara	AWO Kiel	K. Delfs
Vogel - Uitzthum, Susanne	Sprechvogel, Seminare Workshops	S. Vogel - Uitzthum
HEIKE REGENDÖRF	LTK e.V. Eiförde	Heike Regendörf
Reiners, Gitta	AJD - Ratzfinkler	G.R.
Vollmann, Annika	AJD - Ratzfinkler	A. Vollmann
Finja Reese	AWO Kiel	F. Reese
Bozan, Scherane		